



Russland lässt Truppen aus Syrien abziehen

Kriegsschiffe verlassen die Küste. Syrische Armee hat Aleppo wieder unter Kontrolle.

DAMASKUS, MOSKAU. (VN) Nach der Eroberung der Großstadt Aleppo durch die syrische Armee zieht Russland nun seine ersten Truppen aus dem Bürgerkriegsland ab. Laut dem Verteidigungsministerium in Moskau habe Oberbefehlshaber Wladimir Putin entschieden, die Streitkräfte in Syrien zu reduzieren.

Die Aufgaben der Marineverbände seien erfüllt, sagte der russische Generaloberst Andrej Kartapolow. Die Schiffe sollen innerhalb der nächsten zehn Tage den Hafen von Seweromorsk bei Murmansk im Norden Russlands ansteuern. Der Flugzeugträger „Admiral Kusnezow“, der Raketenkreuzer „Peter der Große“ sowie mehrere Begleitschiffe sollen als erste die syrische Küste verlassen. Unklar war zunächst noch, wie groß die Truppenreduzierung insgesamt ausfallen wird.

Russland gehört neben dem Iran zu den wichtigsten Verbündeten des syrischen Machthabers Baschar



Der Flugzeugträger „Admiral Kusnezow“ zählt zu den ersten russischen Kriegsschiffen, die das syrische Küstengebiet verlassen. FOTO: AP

al-Assad und unterstützt die syrischen Streitkräfte seit September 2015 vor allem mit Luftangriffen gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS), aber auch gegen moderatere Gegner der Regierung. Mit russischer Unterstützung

gelang es der syrischen Armee Ende Dezember, Aleppo nach langen Kämpfen unter Kontrolle zu bringen. Für Assad und seine Anhänger war das einer der wichtigsten Erfolge seit Ausbruch des Konflikts im März 2011. Der russi-

sche Generalstabschef Waleri Gerassimow meinte, mit der „Befreiung“ Aleppos sei eine wichtige Basis für eine politische Lösung des Konflikts gelegt. Ob es zu einer raschen Verbesserung der Lage kommt, ist jedoch offen. Für Jänner von Russland und der Türkei ins Spiel gebrachte Gespräche in der kasachischen Hauptstadt Astana sind noch nicht bestätigt.

Feuerpause

Seit einer Woche gilt in Syrien eine landesweite Waffenruhe. Nach Angaben von Aktivisten komme es aber in einigen Gebieten immer wieder zu Gewalt. Syriens Luftwaffe sei in den vergangenen Tagen unter anderem Angriffe auf das von Rebellen gehaltene Tal Wadi Barada geflogen. Das Tal ist strategisch wichtig, weil von hier aus Millionen Menschen in der Hauptstadt Damaskus mit Wasser versorgt werden.

Kritik von Aktivisten erntet auch die in Syrien operierende US-geführte internationale Koalition. Bei deren Luftangriffen seien im vergangenen Jahr fast 470 Zivilisten ums Leben gekommen.

Geheimdienst belastet Putin

WASHINGTON. Russlands Präsident Wladimir Putin soll eine Einflusskampagne angeordnet haben, um dem republikanischen Kandidaten Donald Trump zum Sieg bei der Präsidentenwahl zu verhelfen und Hillary Clinton zu diskreditieren. Das geht aus dem am Freitag veröffentlichten US-Geheimdienstbericht zu den russischen Cyberangriffen hervor.

Wieder Anschlag in Türkei

Erdogan sieht Terrorgruppen von ungenannten Mächten gelenkt.

ANKARA. Angesichts der verheerenden Anschlagserie in der Türkei sieht Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan ungenannte Mächte hinter den im Land operierenden Terrorgruppen. „Jemand er-

nährt, bewaffnet, stärkt und lenkt gezielt diese Organisationen und lässt sie auf die Türkei los“, sagte Erdogan am Freitag. Um wen es sich dabei handeln könnte, sagte er nicht.

Tatsächlich wird die Türkei von einem Attentat nach dem anderen erschüttert. Zuletzt traf es die Küstenmetropole Izmir. Bei einem Autobom-

benanschlag und einem Feuergefecht vor dem Justizgebäude waren ein Polizist und ein Gerichtsmitarbeiter getötet worden. Zudem kamen zwei Angreifer ums Leben. Die Identität der Terroristen, die den Anschlag verübt haben, wurde laut Justizminister Bekir Bozdog festgestellt, „aber vorerst machen wir keine Angaben zur Identität“.

VN-HINTERGRUND. Peter W. Schroeder über Donald Trumps Finanzierungsplan zur Mexiko-Mauer

Beim Mörteln etwas verkalkuliert

US-Steuerzahler sollen den Mauerbau bezahlen. Trump legt sich mit Konzernen an.

WASHINGTON. Bald-Präsident Donald Trump hat bekanntlich die Absicht, eine Mauer zu bauen. Eine mit 3144 Kilometern ganz lange zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko. Damit sich die „Braunen“, also die „Vergewaltiger, Drogendealer und andere Kriminelle“, wie Trump herausgefunden hat, nicht länger heimlich in „God's own Country“ schleichen können. „Und die Mexikaner werden für das Ding bezahlen“, hat der kommende Führer der US-Nation dabei versprochen.

150 Milliarden Dollar

Aber das ist Schnee von gestern. Und obwohl der politische Lautsprecher mit der Übernahme der Amtsgeschäfte noch ein paar Tage warten muss, hat er schon jetzt eine Regierungsentscheidung getroffen: Die Mauerbaukosten sollen nicht die Mexikaner übernehmen, weil die im Traum nicht an die Finanzierung denken. Die Rechnung will Trump nun, wie er den

Spitzen der republikanischen Mehrheitsfraktion im Parlament verklickerte, den US-Steuerzahlern aufs Auge drücken. Schlappe 150 Milliarden Dollar „für die beste Mauer der Welt“. Und mit dem Bau will er „unverzüglich“ beginnen.

Doch beim Mörteln hat sich der Mauerbauer etwas verkalkuliert. Denn den US-Parlamentsregeln zufolge kann nur die Volksvertretung das Baugeld bewilligen. Und damit die Maurer im kommenden Haushaltsjahr anrücken können, muss das viele Geld bis Ende April im Staatshaushalt reserviert sein. Das wird es mit einiger Sicherheit aber nicht. Denn etliche von Trumps eigenen Parteifreunden im Kongress halten das Einmauern für eine Schnappsäule und die oppositionellen Demokraten sowieso.

Und wenn der neue Haushalt nicht bis Ende April unter Dach und Fach gebracht ist, sind die Vereinigten Staaten technisch pleite. Im Sinne von zahlungsunfähig. Die Regierung muss dann ihre Arbeit einstellen und Präsident Trump bleibt im Weißen



Donald Trump soll „Amerika wieder groß“ machen? FOTO: AP

Haus nur das Däumchendrehen. Immerhin kann er dann noch weitertwittern und im Kurznachrichtendienst sehr viel Unheil stiften, wie schon seit seiner Wahl vor ein paar Wochen.

Mit einem Satz oder zwei Sätzen kann er sich weiterhin mit harschen Worten Konzerne zur Brust nehmen, deren Aktienkurse daraufhin abstürzen, und sich auch in die Geschäfte von ausländischen Unternehmen einmischen, wie gerade beim japanischen Toyota-Konzern. Dessen Manager hatten sich über Fortschritte beim Bau ihres Mon-

tagewerks in Mexiko gefreut und waren sofort von Trump angeblafft worden: „So geht's nicht. Baut das Montagewerk in den USA!“ Im Weigerungsfall würde es Strafzölle hagen. Vielleicht wird der neue Präsident demnächst verlangen, dass die Wiener Sacher-torte nur noch in den USA gebacken werden darf.

Letzte Zweifel beseitigt

Doch schon jetzt ist der letzte Zweifel beseitigt, dass der „Amerika wieder groß“ machende Mann im Weißen Haus eine isolationistische und protektionistische Politik betreiben will. Mit dem Ergebnis drohender Handelskriege, einer neuen Weltwirtschafts- und Finanzkrise und mit darauf folgender Massenarbeitslosigkeit.

Die Europäer könnten ja schon mal über Gegenmaßnahmen nachdenken. Beispielsweise über Strafzölle für Nazi-Memorabilia und gedruckte Sudelpropaganda, die amerikanische Versandhändler containerweise nach Europa exportieren. Das würde Trumps Politik nicht erträglicher machen, aber das Gewissen erleichtern.

Kommentar

Gerold Riedmann



Das Jahr der Entscheidung

Für die Bregenzer wird 2017 das Jahr der Entscheidung.

Diese Hoffnung schwingt mit: dass wir, sagen wir in fünf Jahren, in der dann belebt-schönen Bregenzer Bahnhofstraße stehen und unseren Kindern oder Enkeln erklären können, dass hier früher und heute völlig unvorstellbar lange ein hässlich-grauer Parkplatz vor einem hässlichen Bahnhof war. In dieser Hoffnung, diesem Gefühl sind sich noch fast alle Proponenten einig. Doch wie es erreicht werden soll, dass die Hässlichkeit aus der ansonsten



Es geht nicht darum, das Projekt zu verhindern. Es geht darum, dass die Bregenzer über ihre Seestadt diskutieren dürfen.

so schönen Landeshauptstadt verbannt wird und welche Bauten im Seestadt-Quartier errichtet werden, darüber ist nicht nur in Bregenz ein heftiger Streit ausgebrochen.

Geht es nach den Betreibern des Seestadt-Projekts, vorrangig die Joint-Venture-Partner Spar European Shopping Centers (SES) und die Prisma-Holding von Bernhard Ölz, wird es das Jahr der Baugenehmigung für das Seestadt-Quartier mit 12.000 Quadratmetern Shopping, mit 1500 Quadratmetern Büros und 65 Wohnungen.

Viel zu lange glüht die Hoffnung nach Veränderung schon, selbst die Betreiber wirken nicht mehr so entschlossen wie auch schon. Jedenfalls ist das Projekt vor der Baubewilligung neuerlich in heftige Diskussionen geraten: Geht es nach namhaften Architekten, diese Woche hat sich nach Andreas Cukrowicz und Hermann Kaufmann auch Roland Gnaiger ausführlich zu Wort gemeldet, wird es das Jahr der Neubessung auf die Bregenzer Jahrhundertchancen.

Wichtig erscheint, dass alle Stimmen gehört werden, alle ausführlich zu Wort kommen. Das ist in der verfahrenen Situation gar nicht mehr so leicht. Die „Initiative gegen die Seestadt“ geht nicht auf direkte Gesprächseinladungen der Seestadt-Betreiber ein. Die Seestadt-Betreiber ihrerseits und auch der Bregenzer Bürgermeister Markus Linhart haben sich einem öffentlichen VN-Stammtisch im Dezember verwehrt. Es spricht also nicht jeder mit jedem, nicht auf Augenhöhe und jedenfalls nicht, wenn's öffentlich sein soll, alles läuft sehr selektiv hinter den Kulissen. Jede öffentliche Erklärung ist auf größtmögliches Echo optimiert.

Bei der Baueingabe vor etwas mehr als zwei Jahren stellten die Betreiber noch eine Eröffnung der Seestadt Bregenz für 2017 in Aussicht. Tatsächlich werden nun die nächsten Wochen des neuen Jahres zeigen, welchen Lauf die Seestadt nimmt. Gesichtswahrung ist allerorten angesagt. Weder die kritisierenden Architekten, noch Prisma oder SES stehen naturgemäß auf Niederlagen, Politiker schon gar nicht. Als einfacher Bürger fragt man sich, ob nicht etwas noch Wunderbareres entstehen könnte, wenn alle versuchten, im Sinne von Bregenz zusammenzuarbeiten.

Hinter vorgehaltener Hand hört man: So, wie die Baugenehmigung zu erwarten ist, dürfte es mit der Rentabilität des Projekts eng werden. Nach einer von den Betreibern in diesem Monat erhofften Baubewilligung muss wohl so oder so mit nachträglichen Änderungen gearbeitet werden.

Es geht nicht darum, das Projekt zu verhindern. Es geht darum, dass die Bregenzer über ihre Seestadt diskutieren dürfen. Und das eben nicht ausschließlich nach den Spielregeln des Bürgermeisters oder der Projektbetreiber.

gerold.riedmann@vn.at, Twitter: @geroldriedmann, Tel. 05572/501-320
Gerold Riedmann ist Chefredakteur der Vorarlberger Nachrichten.

Karikatur

Minister im Netz!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT